

Solidarische Bürgergesellschaft und demokratischer Staat

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der man ohne Angst verschieden sein kann, in der alle frei und gleichwertig sind, mit gleichen Chancen und Möglichkeiten. Wir brauchen Akzeptanz, eine Kultur der Anerkennung. Diskriminierung bekämpfen wir. Wir wollen gleiche Chancen, gleiche Rechten, gleiche Pflichten. Das ist unsere sozialdemokratische Grundhaltung und die unterscheidet uns deutlich von den anderen!

Freiheit und Sicherheit

Sicherheit heißt Lebensqualität, heißt sich frei und ohne Angst vor Gewalt und Kriminalität zu bewegen. Wir haben eine zentrale Antiterrordatei geschaffen und dem Bundeskriminalamt operative Kompetenzen zur Abwehr des internationalen Terrorismus gegeben. Neu ist auch das Instrument der Online-Durchsuchung. Wir haben neue Straftatbestände geschaffen, um Vorbereitungshandlungen im Vorfeld von schweren terroristischen Gewalttaten besser verfolgen zu können. Wir haben eine neue Kronzeugenregelung geschaffen. Wir haben das Waffenrecht verschärft. Die Kontrollen der Verwahrung von Waffen haben wir verschärft. Großkalibrige Waffen dürfen nur noch von erwachsenen Sportschützen genutzt werden. Schusswaffen müssen in Zukunft mit biometrischen Sicherungssystemen geschützt werden.

Die Union setzt auf weitere Datensammlungen, vielfältige Gesetzesverschärfungen und die völlige Überwachung, um absolute Sicherheit vorzugaukeln. Sie will die Trennung von innerer und äußerer Sicherheit nicht länger aufrechterhalten und fordert den Einsatz der Bundeswehr im Innern.

Unser Ziel: Der Kampf gegen den Terrorismus ist auch uns ein wichtiges Anliegen. Hierbei müssen jedoch die Menschenwürde und die Grundrechte geachtet werden. Wir wollen kein Klima der Überwachung und der Unfreiheit. Unsere Gesetze, die mit Grundrechtseingriffen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus verbunden sind, werden wir regelmäßig überprüfen. Wir bleiben bei der klaren Trennung von Polizei und Geheimdiensten. Den selbstständigen Einsatz der Bundeswehr im Inneren zur Gefahrenabwehr lehnen wir ab. Wir brauchen eine gute Ausstattung von Polizei und Justiz. Eine Privatisierung von staatlichen Sicherheitsaufgaben lehnen wir ebenfalls ab.

Integration

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Jeder fünfte Einwohner kommt aus einer Einwandererfamilie. Wir wollen, dass diese Menschen in Deutschland eine Heimat finden und mit ihnen in unserem Land eine gemeinsame Zukunft aufbauen. Wir haben einen Richtungswechsel im Aufenthaltsrecht erreicht: Mit dem Gesetz zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der EU haben wir alle maßgeblichen ausländerrechtlichen Gesetze überarbeitet. Vor allem ist es uns erstmals gelungen, eine Altfallregelung für geduldete Ausländer bundesgesetzlich zu verankern.

Die Union macht markige Politik mit konservativem Zungenschlag. Sie verweigert sich einer offenen Einwanderungspolitik und fordert Integration auf der Basis der Leitkultur in Deutschland. Die Union verweigert sich der Mehrstaatigkeit und lehnt Erleichterungen bei der Einbürgerung ab. Sie lehnt auch eine bessere Finanzausstattung für Einbürgerungssprachkurse ab.

Unser Ziel: Wir wollen Integration durch gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben ermöglichen. Dazu brauchen wir eine bessere Förderung und gleiche Chancen vor allem im Bildungssystem. Die doppelte Staatsbürgerschaft akzeptieren wir. Migrantinnen und Migranten sollen die Möglichkeit bekommen, ihrer im Ausland erworbenen Bildungsabschlüsse und Qualifikation gemäß beschäftigt zu sein. Wir wollen das Aufenthaltsrecht so gestalten, dass Kettenduldungen vermieden werden.



Demokratie

Wir feiern in diesem Jahr den 60. Geburtstag unseres Grundgesetzes. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hatten an der Entstehung des Grundgesetzes einen erheblichen Anteil. Wir haben uns für unsere Demokratie fortwährend stark gemacht. Mit der Föderalismusreform I haben wir die Kompetenzen von Bund und Ländern entwirrt und für die Bürger transparenter gestaltet.

Die Union ist gegen jede Form direkter Demokratie und hat sich der Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden versperrt. CDU/CSU hat zu verantworten, dass die Bundestagswahl 2009 auf der Grundlage verfassungswidriger Normen stattfindet: Sie hat sich einer Änderung des Wahlrechts trotz Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts verweigert.

Unser Ziel: Für Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger, die seit sechs Jahren in Deutschland leben, wollen wir das kommunale Wahlrecht durchsetzen. Wir wollen Volksbegehren und Volksentscheide auch auf Bundesebene ermöglichen. Wir wollen die Mitbestimmung als einen ebenso wichtigen Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft wie die Tarifautonomie in Deutschland und Europa weiter vorantreiben.

Kampf gegen Rechtsextremismus

Wir betrachten den Kampf gegen Rechtsextremismus als eine der wichtigsten Aufgaben unserer Gesellschaft. Wir haben den Einsatz gegen Rechtsextremismus mit dem Nachfolgeprogramm „XENOS - Integration und Vielfalt“ für den Zeitraum 2008 bis 2013 verstetigt. Die Große Koalition hat in dieser Legislaturperiode weitere unter Rot-Grün initiierten Programme gegen Rechtsextremismus fortgeführt und auf das Bundesgebiet ausgeweitet. 2007 ist auch das Programm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ angelaufen.

Die Union hat kein Interesse an der Bekämpfung des Rechtsextremismus gezeigt. Großspurige Ankündigungen der Union im Kampf gegen den Rechtsextremismus finden keinen Niederschlag in Beschlüssen. Die Union spielt Rechts- gegen Linksextremismus aus, indem sie Programme entsprechend erweitert und somit schwächt. Darüber hinaus hat das Bundesinnenministerium trotz wiederholter Aufforderungen und Bitten bislang keine schriftliche Stellungnahme oder Auswertung des Materials über die NPD in den Ländern vorgelegt. Die Union verhindert mit dieser Haltung eine ernsthafte Diskussion über ein NPD-Verbot.

Unser Ziel: Wir verstehen Rechtsextremismus-Prävention nicht als Projekt, sondern als institutionalisierte Arbeit. Wir wollen daher die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus verstetigen. Wir werden die Bundesprogramme für den Kampf gegen Rechts in der nächsten Legislaturperiode in eine Bundesstiftung überführen, um so die notwendige Arbeit der zahlreichen zivilgesellschaftlichen Projekte und Initiativen zu bündeln. Wir wollen das NPD-Verbot.

Toleranz und Fairness

Sport hat eine herausragende gesellschaftspolitische Bedeutung. Sport ist Teil eines gesunden Lebensstils und ein bewährtes Instrument u.a. in der Integrations- und Bildungsarbeit. Mit unseren Initiativen wurden und werden weitere Verbesserungen für den Breiten- und Spitzensport erreicht. Wir haben unsere Forderung nach der Aufnahme des Sports als Staatsziel in das Grundgesetz durch einen Beschluss der Fraktion Nachdruck verliehen. Leider sind unsere Bemühungen bisher am Koalitionspartner gescheitert. Die Dopingbekämpfung haben wir konsequent voran getrieben und dazu ein Gesetz verabschiedet. Eine Einigung auf eine generelle Strafbarkeit des Besitzes scheiterte am Widerstand der Unionsfraktion. Wir haben eine deutliche Erhöhung der Bundesmittel für den Spitzensport erreicht – das gilt selbstverständlich auch für den Sport der Menschen mit Behinderungen. Wir haben uns für eine Verbesserung der Förderung von Sportstätten eingesetzt. Wir haben erreicht, dass auch Sportstätten, die für den Breitensport genutzt werden, durch den Bund unterstützt werden können. Ebenfalls unserer Initiative ist es zu verdanken, dass Mittel des Konjunkturpakets II auch für Sportstätten genutzt werden können.

Unser Ziel: Wir setzen uns für die Aufnahme des Staatsziels Sport ins Gesetz ein. Wir werden auch in Zukunft entscheiden gegen Doping vorgehen. Wir werden uns für eine weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für Vereine und bürgerschaftlich Engagierte einsetzen.